

**Deputation für Bildung (staatlich)  
und  
Deputation für Wissenschaft**

**Sitzungsprotokoll der gemeinsamen Sitzung**

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag <b>29. April 2004</b>	Sitzungsbeginn <b>10.00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>11.20 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Rembertiring 8-12</b>
--------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	---

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Reform der Lehrerausbildung  
Bericht an die Deputation für Bildung und Wissenschaft

Vorlage L 31 (Wissenschaft)  
L 42 (Bildung)

TOP 3 Verschiedenes

---

**TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

---

**TOP 2 Reform der Lehrerausbildung  
Bericht an die Deputationen für Bildung und Wissenschaft**

**Vorlage L 31 / L 42**

Senator Lemke erläutert, dass der Hintergrund dieser Vorlage sowohl die Bologna-Beschlüsse der KMK, als auch die negativen Ergebnisse der PISA- und der IGLU-Untersuchungen sei. Die Vorlage stelle einen Auftakt dar, wie er auch durch die norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz in der vergangenen Woche eingeleitet wurde. Seitens der norddeutschen Wissenschaftsminister bestehe Konsens darüber, die Lehrerausbildung in den 5 Bundesländern anzugleichen. Es sei geplant, den Studenten einen problemlosen Universitätswechsel zu ermöglichen, sicherzustellen, dass das Studium nach dem Abschluss in den anderen Bundesländern als gleichwertig anerkannt werde und die Besoldung der Lehrkräfte anzugleichen. Das Bachelor- / Mastersystem solle einheitlich in den 5 Bundesländern eingeführt werden. Er habe erreichen können, dass das Lehramt für Gesamtschulen in die Vereinbarung aufgenommen worden sei. Die Studienfachkombination für zukünftige Grundschullehrkräfte soll die Fächer Deutsch und Mathematik enthalten. In der Sekundarstufe I soll eines der Fächer Deutsch, Mathematik oder Englisch belegt werden. Hierdurch soll die Klassenlehrerfunktion gestärkt werden. Er bedauert, dass das Halbjahrespraktikum nicht mehr in der bisherigen Form durchgeführt werden könne. Die Praxisanteile werden in aufeinander abgestimmte Module unterteilt, die möglichst an einer Schule unter der Anleitung eines Tutors absolviert werden sollen. Er gehe davon aus, dass im Rahmen der Harmonisierung der Lehrerausbildung die anderen norddeutschen Bundesländer ihren Praxisanteil ausweiten und Bremen die Praxiszeiten nicht reduzieren werde. Er regt an, heute zunächst die bestehenden Fragen zusammenzutragen, um diese dann aufzuarbeiten und in den Diskussionsprozess, insbesondere mit den Verbänden, einbringen zu können.

Herr Grotheer führt aus, dass sowohl die Umsetzung des Bologna-Prozesses als auch die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten es erfordern, dass Bremen seine Lehrerbildung reformiere. Als besonders positiv hebt er hervor, dass es gelungen sei, gemeinsame Beratungen auf der Ebene der Wissenschaftsminister bzw. –senatoren zu initiieren. Im Interesse der Sache werde es notwendig werden Kompromisse, zum Beispiel im Bereich der Besoldung und der Struktur der Ausbildung, einzugehen. Mit der Vorlage werde ein erster Schritt zu einer wichtigen Reform gemacht. Herr Jäger sagt, dass die Fraktion der CDU den Inhalten der Vorlage grundsätzlich zustimme. Er äußert sich positiv über die Zusammenarbeit der Länder, auch wenn er sich eine Regelung auf noch höherer Ebene, zum Beispiel durch einen Staatsvertrag wünsche. Ziel sollte eine verbindliche Regelung einschließlich einer Zeitachse sein. Auch müsse versucht werden, durch eine überregionale Zusammenarbeit Synergieeffekte und Einsparpotenziale zu nützen. Er fragt, wie gewährleistet werden kann, dass die Reform wirklich im Jahre 2005 begonnen werde. Weiterhin sei zu klären, in wie weit es trotz der KMK-Vereinbarungen noch Differenzierungen geben könne und das Probleme der schularten- bzw. der schulformspezifischen Ausbildung bedürfe noch einer Erläuterung. Frau Schön sagt, dass die Bachelor- / Master-Ausbildung die Absolventen in die Lage versetzen sollte auch in anderen Ländern ihren Beruf auszuüben, deshalb sollte im Studium auch die Möglichkeit zu einem Auslandspraktikum gegeben sein. Die Kurse sollten nicht jahrgangs- sondern semesterweise angeboten werden, um eine Straffung des Studiums zu ermöglichen. Die Kursangebote sollten sich stärker an den Erfordernissen von Lehramtsstudenten orientieren. Sie betont, dass die Wartezeiten bis zum Referendariat verkürzt werden müssten. Zu einer Verbesserung der Lehramtsausbildung gehöre auch, in Vorlesungen auch die Bereiche Pädagogik und Methodik stärker zu implementieren. Klärungsbedarf bestehe ihrer Ansicht nach auch noch darüber, wie der Übergang vom Bachelor- zum Master-Studium gestaltet werde. Herr Wedler lobt die überregionale Zusammenarbeit und die Abkehr von der Stufenlehrerbildung. Er befürwortet auch die Vereinheitlichung der Besoldung für Lehrkräfte. Er weist daraufhin, dass von Seiten der Universität und des LIS noch große Anstrengungen zur Vorbereitung des Angebots in der Ausbildung notwendig seien. Professor Müller (Rektor der Uni) erläutert, dass die Vorlage die Fortschreibung der Beschlüsse von vor einem Jahr sei. Als problematisch könne sich die Trennung der Lehrämter und die verkürzte Ausbildungsdauer für Grund- und Sekundarschullehrer erweisen. Beim verkürzten Studiengang werde die Polyvalenz nur schwer zu gewährleisten sein. Er befürwortet, die Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte auf A 12 zu beschränken und unterschiedliche Aufstiegschancen zu ermöglichen. Er bittet darum, mit Niedersachsen möglichst schnell abzuklären, welches Modell für die Universität Oldenburg verbindlich festgelegt werde, um Absprachen treffen zu können. Er weist darauf hin, dass der Umsetzungsaufwand in der Universität sehr groß sei und bittet deshalb um eine konzentrierte Diskussion, die die Einhaltung des engen Zeitplanes ermöglicht. Frau Hövelmann bittet, die von Professor Müller vorgebrachten Argumente sorgfältig zu prüfen. Sie bittet um eine Synopse über das Vorgehen der anderen Bundesländer. Weiterhin seien nunmehr die Stellungnahmen der Verbände einzuholen. Frau Stahmann problematisiert die unterschiedliche Länge des Studiums der verschiedenen Lehrämter. Zur Optimierung der Ausbildung sollte die Universität die Ausbildungsmodule praxisorientierter und mehr auf die Didaktik orientiert entwickeln. Sie regt die Einrichtung eines Lehrstuhles „Frühkindliche Bildung“ an der Bremer Universität an, da die dort gewonnen Erfahrungen wesentlich zu einer Qualitätssteigerung der Lehrerbildung beitragen könnten. Herr Bartels bekräftigt, dass die Verzahnung von Elementar- und Primarbereich in der Lehrerbildung eine Rolle spielen muss. Frau Kiese (ZEB) findet, dass jedes Kind ein Recht darauf habe, von einem qualifizierten Pädagogen und nicht nur von guten Fachwissenschaftlern unterrichtet zu werden. Dafür, wie gute Lehrkräfte ausgebildet werden, gebe es genug Beispiele, hierüber müsse ein Konsens erzielt werden. Sie befürwortet eine Umstellung des Besoldungssystems und regt die Schaffung eines Anreizsystems an.

Zu den einzelnen Punkten werden die folgenden Stellungnahmen abgegeben:

#### **Zu Punkt 1 „Ziele“:**

Herr Bürger bittet darum die Formulierung „schulformspezifische Spezialisierung“ (4. Absatz; 1. Satz) durch „schulartenspezifische Spezialisierung“ zu ersetzen.

## **Zu Punkt 2 „Grundstruktur der reformierten Lehrerausbildung in einem konsekutiven Bachelor-/ Masterstudienmodell“:**

Frau Hövelmann bittet um Klärung, wie der Seiteneinstieg in das Masterstudium gestaltet werden soll.

### **Zu Punkt 2.1. „Lehrämter“:**

Herr Jäger bittet um redaktionelle Klarstellung, ob mit Gymnasien die Klassen 5-10 oder bis 13 gemeint sind.

Frau Hövelmann bittet, auf Seite 4 den ersten Satz des letzten Abschnitts folgendermaßen zu formulieren: „zur Zeit gibt es zwischen den Ländern Unterschiede bei der Besoldungsstruktur; z. B. sind in Bremen die Eingangssämter für an Grundschulen und Hauptschulen tätige Lehrkräfte, die die Stufenlehrausbildung durchlaufen haben, höher als in anderen Ländern eingestuft“ und ebenfalls auf der Seite vier im ersten Abschnitt den zweiten Punkt in der Klammer um „einschließlich“ zu ergänzen. Weiterhin bittet sie, auf Seite 4 unter dem vierten Punkt des ersten Abschnitts vor Sonderschulen das Wort „Förderzentren“ einzufügen.

### **Zu Punkt 2.2. „Fächerkombinationsmöglichkeiten“**

Herr Bürger fragt, warum für Sekundarstufenlehrer in der Masterphase kein drittes Fach vorgeschrieben werde und ob der Ausschluss von „Exotenfächer“- Kombinationen auch für Gymnasiallehrkräfte gelte. Herr Arning sagt, dass durch den engen Zeitrahmen des Masterstudiums die Umsetzung eines dritten Faches schwierig sei.

Frau Stahmann problematisiert, dass die starke Spezialisierung die Polyvalenz gefährdet.

Frau Tuzek und Herr Jäger bitten um einen Bericht zu der Berufschullehrerausbildung einschließlich einer Darstellung der Studierendenzahlen.

Herr Fries weist darauf hin, dass im Grundschulbereich die Forderung der Kombination von Deutsch und Mathematik zu einem Kapazitätsengpass in andern Fächern führen könne. Die freie Fächerwahl für Gymnasiallehrkräfte könnte die Attraktivität dieses Studienganges für Studenten erhöhen. Um dies zu kompensieren, müssten im Grund- und Sekundarschulbereich andere Anreize geschaffen werden.

Frau Böschen fordert, dass das Fach Arbeitslehre insbesondere in Hauptschulen gestärkt werden müsse.

Herr Wedler fordert, der Berufsqualifizierung der Schüler in der Lehrerausbildung mehr Gewicht zu verleihen und regt an, das fremdsprachliche Fach nicht auf Englisch zu beschränken, sondern auch andere Sprachen zur Wahl zu stellen.

### **Zu Punkt 2.3. „Integrierte Praxismodelle“**

Herr Bürger bemerkt, dass die Teilung der Praxisanteile sinnvoll sei, wenn die Anteile auf einander abgestimmt seien. Herr Arning weist darauf hin, dass hier eine Anpassung der anderen norddeutschen Länder an die Bremer Regelungen anzustreben sei. Insbesondere auch Niedersachsen müsste die Praxiszeiten ausweiten.

### **Zu Punkt 2.4. „Modularisierung/Kerncurricula“**

Frau Thiel bittet abzuklären, wer für die inhaltliche Ausgestaltung zuständig ist.

Herr Rohmeyer bittet darum, in die Überlegungen zu diesem Punkt auch die Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung des LIS einzubeziehen.

### **Zu Punkt 2.6. „Master of Education“**

Herr Jäger fordert, Eingangsvoraussetzungen für das Masterstudium festzulegen. Er halte eine generelle Durchlässigkeit nicht für sinnvoll und bittet um konkrete Kriterien für den Zugang.

### **Zu Punkt 2.6.2 Master of Education- Abschlüsse.etc.**

Frau Hövelmann bittet, auf Seite 8 im drittletzten Absatz in der Klammer vor „Oberstufen“ das Wort „einschließlich“ einzufügen und ebenfalls auf Seite 8 im letzten Satz vor „Sonderschulen“ das Wort „Förderzentren“ einzufügen.

### **Zu Punkt 3 .. Abstimmung und Kooperation mit Niedersachsen“**

Herr Bürger regt an, nicht nur Norddeutschland zu betrachten, sondern auch die Entwicklungen in Süddeutschland in die Überlegungen mit einzubeziehen.

### **Zu Punkt 4 „Zentrum für Lehrerbildung“**

Frau Busch bittet um Erläuterungen, wie das Zentrum organisiert werden solle, welche anderen Institutionen in diesem Zusammenhang es noch gibt und wie die Zusammenarbeit sich gestalten soll.

Herr Wedler kritisiert, dass das Landesinstitut für Schule (LIS) nur eine beratende Stimme erhalten soll.

### **Zu Punkt 5.2. .. Akkreditierung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung“**

Herr Jäger fragt, wer die Begleitgruppe einsetzt, ob die Behörde daran mitwirkt und inwieweit das LIS beteiligt wird.

### **Zu Punkt 6 „Zentrum für Lehr-/Lernforschung“**

Herr Bürger bittet um eine Konkretisierung dahingehend, wer in den Schulen verantwortlich ist.

### **Zu Punkt 7 „Zeitplan“**

Herr Arning weist darauf hin, dass der Zeitplan sehr eng sei. Im März 2005 müssen die Studienangebote ausgewiesen werden, die Festlegung der Curricula müsse daher bis Oktober dieses Jahres erfolgen.

Senator Lemke sagt die Vorlage eines Zeitplans für die nächste Sitzung zu. Er regt an, den beigefügten Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen in die Arbeitsaufträge aufzunehmen.

Frau Stahmann stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Herr Dr. Dörhage ergänzt, dass die Eckvorgaben in den nächsten vier Wochen erarbeitet werden, dann folge die Novelle zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes.

## **Beschluss**

Die Deputation für Bildung und die Deputation für Wissenschaft nimmt den Bericht zur Reform der Lehrerbildung zur Kenntnis.

## **TOP 3      Verschiedenes**

---

Keine Punkte.

## **Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Die Deputation für Bildung (staatlich) und die Deputation für Wissenschaft (staatlich) fordern den Senator für Bildung und Wissenschaft auf:

1. sicherzustellen, dass alle erfolgreichen Bachelor-Absolventen dem Zugang zu einem Masterstudiengang erhalten.
2. eine schulstufenbezogene Ausbildung sicherzustellen. Dabei wird die Gleichwertigkeit der Schulstufen vorausgesetzt.
3. zu gewährleisten, dass auch Studierende, die kein Studium zum/zur FremdsprachenlehrerIn machen, die Möglichkeit erhalten, ein Praxissemester bzw. Praxisanteile im Ausland zu absolvieren.
4. das Halbjahres-Praktikum für Lehramtsstudenten aufrecht zu erhalten.

Silvia Schön

Anja Stahmann